

Kundgebung der *FI Wilhelmsburg* gegen den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr am 9. Oktober 2007 – Redebeitrag von Carola Kieras

Vielen Dank für die Einladung, hier zu sprechen. Ich möchte die Chance nutzen, einige weniger bekannte Wahrheiten über Afghanistan anzusprechen. Es fällt auf, dass von Kriegsbefürwortern ständig die erfolgreiche Arbeit der ISAF-Truppen gelobt wird, während scheinbar nur die Amerikaner mit der völkerrechtswidrigen Operation Enduring Freedom die Bomben auf Dörfer und Wohnhäuser in Afghanistan werfen. Mal abgesehen von der Schizophrenie, Gebäude und Straßen aufzubauen, noch während Bomben fallen, möchte ich hier darlegen, was die Bundeswehr denn so tut in Afghanistan.

Als erstes möchte ich allen in Erinnerung rufen, was im April letzten Jahres hier nur kurzfristig für einiges Aufsehen gesorgt hat. Es wurde bekannt, dass deutsche Soldaten – übrigens aus der ISAF-Truppe – sich nicht entblödet hatten, mit den sterblichen Überresten der einheimischen Bevölkerung für Fotos zu posieren. Hier war der Medienwirbel wegen der sogenannten Totenkopffotos schnell vorbei, aber was halten die Afghanen davon?

Jetzt wird uns erzählt, deutschen Soldaten hätten in Afghanistan ein besseres Ansehen als die amerikanischen. Mir fällt es schwer, das zu glauben. Glaubwürdiger erschienen mir Aussagen, die sagen: Egal ob unter dem Label von Operation Enduring Freedom oder ISAF, die ausländischen Truppen werden in Afghanistan als Besatzungsmacht wahrgenommen. Beim Tornadoeinsatz arbeiten ISAF und OEF eng zusammen. In diesem Jahr starben bereits mehr als 5000 Menschen bei Anschlägen oder Kämpfen – das sind bereits über tausend Opfer mehr als im gesamten vergangenen Jahr.

Auch die Zahl und die Heftigkeit der Anschläge nehmen zu. Nach jedem Anschlag bleiben die Soldaten zu ihrer eigenen Sicherheit erst einmal in ihrem Lager. Sie beschützen also nur sich selbst. 90 % der in Afghanistan stationierten Deutschen bekommen keinen Kontakt zu Afghanen, welchen positiven Einfluss sollen sie so auf die demokratische Entwicklung haben?

Und wie werden Mädchenschulen denn militärisch gesichert? Wie haben wir uns das vorzustellen? Werden die Baumaterialien von Panzern geschützt? Oder die Mädchen morgens mit gezücktem Maschinengewehr zur Schule eskortiert? Nein! Die Verbesserung der Bildung funktioniert doch nur, wenn Lehrer und Lehrerinnen da sind, und Eltern, die ihre Töchter lernen lassen, statt sie mit 13 oder 14 Jahren zwangsweise zu verheiraten. Zwangsverheiratung und Gewalt in den Familien ändern sich nicht, nur weil schwerbewaffnete deutsche Soldaten gelegentlich durch Dörfer patrouillieren.

Die katastrophale Lage der afghanischen Frauen war einer der Propagandagründe für den Krieg. Können Waffen hier etwas ändern? Im Gegenteil! Aufgrund der schlechten Sicherheitslage tragen Frauen wieder vermehrt die Burka. Sogar die afghanischen Frauenministerin stellte fest, dass sich in weiten Teilen des Landes die Lage von Frauen deutlich verschlechtert hat.

Änderung der Situation kann es doch nur geben, wenn sich die wirtschaftliche Situation in dem durch

Krieg, zerstörte Landwirtschaft und von bitterer Armut geprägten Land soweit verbessert, dass die Mädchen und Frauen nicht mehr wie Arbeitsklaven schuften müssen. Nur so kann auch die hohe Kinder- und Müttersterblichkeit gemildert werden. Dazu bedarf es keiner Soldaten, sondern Frieden.

Die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung ist auch der einzige Weg, den Drogenanbau einzudämmen. Hier stellen weniger die Bauern das Problem dar, als vielmehr die international tätigen Drogenbarone, die mit den Drogengeldern auch die Fortführung des Krieges finanzieren.

Weiteres Stichwort: Die Polizeiausbildung. Seit 2002 hat die Bundesregierung jährlich ca. 12 Millionen € für den Polizeiaufbau ausgegeben. Nur: 60% der ausgebildeten Polizisten verlassen die Polizei und nehmen ihr erworbenes Wissen mit zu den Warlords oder Taliban. Hier wird also von der deutschen Regierung aktiv zur Destabilisierung Afghanistans beigetragen.

Die Kosten für den seit 2002 laufenden Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr liegen bei 1,9 Milliarden Euro. Die Ausgaben für den zivilen Wiederaufbau beziffert die Regierung auf bisher 550 Millionen Euro! Die angekündigte Aufstockung der Gelder für Entwicklungshilfe ändert nichts an den Verhältnissen, da mit Erweiterung des Kontingentes auch die Militärausgaben steigen werden. Die Friedensbewegung fordert, die hier offensichtlich vorhandenen Mittel ausschließlich für zivile Zwecke zu verwenden!

Das von der Nato entwickelte Konzept der militärisch-zivilen Zusammenarbeit sagt, dass sich die zivilen Angelegenheiten den militärischen unterzuordnen haben. Nach diesem Konzept arbeiten auch die hier so gepriesenen „regionalen Wiederaufbauteams“. Wenn das konkret heißt, dass nur ein strategisch günstig gelegenes Dorf z.B. Hilfe beim Brunnenbau bekommt, das Nachbardorf aber nicht, dann ist das kein Konzept, sondern ein Skandal! Hilfsorganisationen fordern für ihre Arbeit inzwischen strikte Neutralität und Trennung von militärischen und zivilen Aufgaben.

Es kann nur eine Lösung im Sinne der afghanischen Bevölkerung geben: Abzug der Truppen. Die Forderung der Friedensbewegung lautet: Ende aller deutschen Auslandseinsätze, angefangen mit Afghanistan.

Immer wieder hören wir: Ja, wenn die Nato-Truppen abziehen, dann kommen die Taliban wieder. Ersten, sie sind immer noch da, kontrollieren mehrere Provinzen, und zweitens bekommen sie durch ihren kompromisslosen Widerstand gegen die ausländischen Besatzer sogar vermehrt Zulauf.

Die Alternative zu Krieg und Besatzung kann nur in Verhandlungen bestehen. Es bedarf Friedenskonferenzen, nationaler Aussöhnungs-Komitees und Entwaffnung Aller, auch der Nordallianz. Diese ist, als machtpolitisches Gegengewicht der Taliban Verbündete des Westens. Sie ist aber, was ihren Umgang mit Frauen, ihr Verständnis von Menschenrechten, Korruption und Demokratie betrifft, nicht besser als die Taliban. Die Überwachung von Entwaffnung und Friedensabkommen

könnte, wie der Politikwissenschaftler Martin Baraki uns hier vor vier Wochen eindrucksvoll darlegt hat, z.B von Truppen übernommen werden, die aus Länder der Organisation der Islamischen Konferenz stammen. Diese Soldaten würden nicht als Besatzungstruppen wahrgenommen werden und dürften dann auch keine wirtschaftlichen und machtpolitische Interessen ihrer Herkunftsländer vertreten.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen. Deswegen fordern wir die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, keiner Mandatsverlängerung zuzustimmen! Weder ISAF noch OEF.

Doch was können wir hier noch tun? Eine Möglich-

keit ist natürlich, immer wieder unsere Stimme gegen Krieg und Besatzung zu erheben, so wie wir das hier heute tun. Eine weitere Gelegenheit bietet sich am Freitag, dem 26. Oktober. Da beginnt hier in Hamburg der Parteitag der SPD, bei dem – unter anderem – über den Einsatz von Soldaten innerhalb der oben erwähnten amerikanischen Operation Enduring Freedom beschlossen werden soll. Das Hamburger Forum wird eine Kundgebung durchführen, um die Parteitagsdelegierten der SPD an die Mehrheitsmeinung zu erinnern. Dafür benötigen wir eure Unterstützung! Ich rufe alle, die am Freitag morgens halbneun bis zehn Uhr Zeit haben, dazu auf, mit uns gemeinsam vor dem CCH für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan zu werben.

Vielen Dank.
